

Der Ukrainekrieg und die neue Weltordnung

Jens Reißmann

Vorbemerkung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein einschneidendes Ereignis. Nicht nur für die sog. Friedensordnung in Europa, sondern mit Folgen weit darüber hinaus für die sich abzeichnende neue, multipolare Weltordnung, in der nicht mehr nur ein oder zwei Supermächte den Ton angeben. Es geht also nicht nur um die Ukraine, eine ehemalige Sowjetrepublik, die 1991 beim Zerfall der Sowjetunion unabhängig wurde, ein über viele Jahre tief gespaltenes Land mit prorussischen und prowestlichen Orientierungen, noch gefangen im Denken des Kalten Krieges zwischen Ost und West, ein Land, das lange Zeit durch mächtige Oligarchen, korrupte Eliten und extrem nationalistische Stimmen auffiel und dessen junges, demokratisches System noch sehr fragil erscheint. Aber dieser Krieg stellt Weichen - mit globalen Folgen. Daher beschäftigt er mich derzeit mehr als andere politischen Konflikte unserer Zeit.

Vorerst drei Fragen. Erstens: Wie kam es zu diesem Krieg bzw. was sind die Ursachen und was die Ziele? - Dazu diskutiere ich im Abschnitt I verschiedene, sicher recht spekulative Thesen.

Zweitens: Wie sollten wir (Europa, der Westen, die Weltgemeinschaft) auf diesen Krieg reagieren? - Dazu stelle ich im Abschnitt II einige Überlegungen vor, die auch die Kontroverse um Waffenlieferungen betreffen.

Und drittens: Wo laufen die Konfliktlinien einer künftigen Weltordnung und welche Verständigungsmöglichkeiten gibt es in einer multipolaren Welt? - Dazu mehr im (geplanten) Abschnitt III, der auch danach fragt, ob sich nicht ein politisches Engagement, das auf Freiheit (Befreiung) und Gerechtigkeit (Gleichheit) zielt, neu ausrichten muss, z. B. Abschied nehmen muss von alten Klischees des „antikapitalistischen Kampfes“.

Etliches werde ich wohl im Verlauf der nächsten Monate nachbessern oder ergänzen müssen.

I. Der Ukrainekrieg - Mögliche Ursachen und Hintergründe¹

Der erste Eroberungskrieg in Europa seit Hitler

Am 24. Februar 2022 marschiert die russische Armee in die Ukraine ein. Die groß angelegte militärische Intervention ist u.a. durch wochenlange Manöver in Belarus vorbereitet worden. Wenige Tage vor Kriegsbeginn streitet der russische Präsident Wladimir Putin noch jede Absicht ab, die Ukraine anzugreifen zu wollen.

Das offen verkündete Ziel des Angriffskrieges, der in Russland nur „*militärische Spezialoperation*“ genannt werden darf, ist die „*Entnazifizierung*“ und „*Entmilitarisierung*“ des Nachbarstaates und die Notwendigkeit, einen angeblich geplanten oder bereits begonnenen Genozid an der russischstämmigen Bevölkerung ² der Ukraine zu verhindern. Der Westen (EU, USA, G7-Staaten) reagiert mit scharfen Protesten und Sanktionen. Die westlichen Staaten sprechen einhellig von einem eklatanten Bruch des Völkerrechts, die Mehrheit der UN-Mitglieder schließt sich an, aber durchaus nicht alle Staaten verurteilen Russland. Eine entsprechende UN-Resolution scheitert am Veto Russlands im UN-Sicherheitsrat. Es ist der erste Versuch einer kriegerischen Okkupation eines anderen europäischen Staates seit Hitlers militärischen Überfällen und Eroberungen im Zweiten Weltkrieg.³

Was mit Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine gemeint ist, wird von russischer Seite zwar nicht konkretisiert, aber offensichtlich geht es darum, in Kiew einen Regimewechsel herbeizuführen. Der Versuch, innerhalb weniger Tage Kiew zu erobern und die ukrainische Führung (Präsident Selensky u.a.) gefangen zu nehmen oder zu liquidieren, scheitert am unerwartet starkem Widerstand der ukrainischen Armee. Der ist es zudem bis heute (Dez. 2022) gelungen, einen erhebliche Teil der im Frühjahr besetzten Gebiete im Norden und Süden der Ukraine zurückzuerobern bzw. die russische Armee zum Abzug zu zwingen. Ein Gürtel entlang der Grenze zu Russland bleibt weiterhin besetzt; das betrifft vor allem die ganz oder teilweise okkupierten Oblaste (Bezirke) Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson, die im Oktober 2022 offiziell von Russland annektiert werden.

¹ Der Teil I entstand im November und Dezember 2022. Auch alle zitierten Internetseiten wurden in dieser Zeit aufgerufen. Unterstrichene Begriffe sind i.d.R. mit Internetseiten verlinkt.

² In der Ukraine, insbesondere im Osten, leben schon vor Kriegsbeginn viele Menschen, die sich (auch) als „Russen“ fühlen bzw. deren Familien aus Russland stammen. Russisch ist ohnehin eine von fast allen Ukrainern gesprochene oder verstandene Sprache, auch wenn die offizielle Amtssprache das verwandte Ukrainisch ist.

Nach der offiziellen ukrainischen Volkszählung von 2001 bezeichnen sich 77,8 % der Bewohner und Bewohnerinnen als Ukrainer, 17,3 % als Russen, dazu kommen zahlreiche weitere Ethnien. Im Oblast Luhansk und im Oblast Donezk bezeichnen sich 38% bzw. 39% als ethnische Russen. (Durch Krieg, Flucht und Deportation haben sich diese Zahlen inzwischen sicher stark verändert.)

Der Anteil russischer Muttersprachler (Alltagssprache in der Familie) liegt 2001 höher: im Oblast Donezk bei 75%, im Oblast Luhansk bei gut 68 %, im Oblast Saporischschja bei 48 %, im Oblast Charkiw bei 44%, im Oblast Odessa bei 42% und in Cherson und Kiew jeweils bei 25 %. In den westlichen Oblasten liegt der Anteil russischer Muttersprachler nur bei 1% bis 6%. (Wikipedia)

Dennoch befürwortet bei Umfragen 2014/2015 nur eine Minderheit der Russisch sprechenden Menschen in Donezk oder Luhansk eine Angliederung ihrer Oblaste an Russland. Viele von ihnen bezeichnen sich selbst primär als „Ukrainer“.

³ Die militärischen Interventionen des Westens im früheren Jugoslawien (Bosnien 1995, Kosovo 1999) zielten nicht auf eine dauerhafte Besetzung, sondern wurden mit dem Schutz akut bedrohter Volksgruppen (Kosovo-Albaner, Bosnier) begründet. Die Interventionen der Sowjetarmee in Berlin 1953, Ungarn 1956 oder Prag 1968 fanden in jeweils bereits militärisch okkupierten Staaten statt. Sie dienten der Niederschlagung von Aufständen gegen die russische Besatzung.

Nach über 300 Kriegstagen mit Zigtausenden von Toten auf beiden Seiten, mit ungeheuren Zerstörungen, unfassbaren Kriegsverbrechen (z. B. Massaker an Zivilisten in Butscha, begangen durch russische Soldaten) und der akuten Gefahr einer atomaren Katastrophe⁴, erleben wir derzeit militärisch eine Art Pattsituation⁵ - und noch immer keine ernsthaften Bemühungen, ein Ende des Krieges herbeizuführen. Warum dieser Krieg?

Gibt es akzeptable Gründe für einen Krieg?

Die UN-Charta fordert Gewaltverzicht - Es gibt aber Ausnahmen

Um nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs den Weltfrieden zu bewahren, haben die Vereinten Nationen (UN) 1945 in ihrer Charta in Artikel 2 einen Gewaltverzicht verankert. Er verbietet den Mitgliedsstaaten in ihren internationalen Beziehungen jede Androhung oder Anwendung von Gewalt, die sich gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates richtet. Alle 193 UN-Mitgliedsstaaten haben das ratifiziert.

Als (teilweise umstrittene) Ausnahmen von diesem Grundsatz gelten erstens das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff eines anderen Staates.⁶ Dabei sind auch präventive Maßnahmen zulässig, wenn ein Angriff offensichtlich unmittelbar bevorsteht. Auch zur Rettung eigener Staatsbürger in fremden Staaten, darf ein Staat Gewalt anwenden. Die Gewaltmittel müssen aber „verhältnismäßig“ sein.

Zweitens billigt die UN-Charta (Art.7) „*militärische Zwangsmaßnahmen*“, wenn der UN-Sicherheitsrat eine Bedrohung der internationalen Sicherheit oder einen Bruch des Friedens feststellt, z. B. wenn ein Genozid oder ein Einsatz von Atom- oder Chemiewaffen bzw. Giftgas erfolgt oder droht.

Weniger klar geregelt ist drittens die Zulässigkeit militärischer Gewaltanwendung gegen einen anderen Staat, wenn sich dort eine nicht staatliche Organisation befindet (meist als „Terrororganisation“ bezeichnet), die den militärisch intervenierenden Staat angreift, und der Staat, in dem sich diese Organisation aufhält, nicht willens oder nicht in der Lage ist, gegen sie vorzugehen.

Hat der Gewaltverzicht der UN-Charta etwas bewirkt?

Die Regelungen haben in den letzten 75 Jahren kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten zwar nicht gänzlich verhindert (z. B. Irak-Iran-Krieg 1980 - 1988), aber offensichtlich im Vergleich zu früher deutlich minimiert. Blutige innerstaatliche Bürgerkriege gab und gibt es aber weiterhin. Dennoch: Ganz sinn- und erfolglos ist die Charta nicht. Zwischenstaatliche Kriege gibt es

⁴ Das Atomkraftwerk Saporischschia, das größte AKW Europas, ist seit Monaten vom russischen Militär besetzt. Es kommt immer wieder zu Beschuss, für den beide Seiten jeweils die andere Seite verantwortlich machen. Aktuell häufen sich zudem Forderungen russischer Politiker an die eigene Führung, in der Ukraine sog. taktische Atomwaffen einzusetzen.

⁵ Im Oblast Charkiw bzw. Luhansk ist die im Oktober noch schnelle Gegenoffensive der ukrainischen Armee inzwischen gestoppt oder stark verlangsamt worden. In Oblast Donezk setzen russische Truppen ihre Offensivbemühungen fort, aber bisher ohne nennenswerte Fortschritte. Im Oblast Cherson haben sich russische Truppen auf die Südseite des Dnipro-Flusses zurückgezogen und die Stadt Cherson aufgegeben. Russland hat begonnen, die kritische Infrastruktur der Ukraine (Strom, Gas-, Wasserversorgung) durch Raketenangriffe systematisch zu zerstören (Stand. 10.12. 2022).

⁶ Beispiel: Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde die Militäraktion der USA gegen die Taliban-Regierung in Afghanistan vom UN-Sicherheitsrat als Akt der Selbstverteidigung bzw. als angemessene Reaktion auf die Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit legitimiert.

fast gar nicht mehr. Und alle militärischen Interventionen stehen nun unter internationalem Rechtfertigungsdruck.⁷

Andererseits hat es in dieser Zeit immer wieder umstrittene und fragwürdige Rückgriffe auf die Ausnahmeregelungen gegeben, wobei Staaten ihre Militäreinsätze oft auch ohne ausdrückliches UN-Mandat und mit fadenscheinigen Begründungen durchgeführt haben. Daran sind auch westliche Staaten (USA bzw. NATO) beteiligt gewesen (Kosovo 1999, Irak 2003, Syrien 2014).⁸ Den Versuch einer dauerhaften Eroberung eines anderen Staates hat es aber m. W. seit 1945 nicht mehr gegeben.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein Bruch des Völkerrechts

Blicken wir kurz auf den aktuellen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine: Ein Fall von Selbstverteidigung liegt ganz offensichtlich nicht vor (selbst wenn die Führung der Ukraine entschlossen ist, die russische Krim-Annexion von 2014 nicht hinzunehmen). Eine akute Angriffsgefahr seitens der Ukraine auf Russland (oder die Krim) hat es Anfang des Jahres 2022 nicht gegeben, sie wäre militärisch absurd gewesen. Es sind vor Kriegsbeginn offensichtlich auch keine ukrainischen Terrorangriffe auf das russische Territorium erfolgt.

Im Osten der Ukraine herrscht seit 2015 (Minsker Abkommen) ein brüchiger Waffenstillstand zwischen der ukrainischen Armee und den von Russland unterstützten russischstämmigen Separatisten, der von beiden Seiten immer wieder gebrochen wird. Eine dramatische Verschärfung der Lage kann für Anfang 2022 aber nicht festgestellt werden.

Ein angeblicher Genozid (Völkermord) an russischen Staatsbürgern in der Ukraine, also deren systematische Inhaftierung, Enteignung, Terrorisierung und Ermordung, der in den russischen Medien immer wieder und bis heute behauptet wird, muss als Propaganda bezeichnet werden, ein vorgeschobener Rechtfertigungsversuch für den Krieg. Beweise (z. B. Massengräber, KZ-ähnliche Lager, Folterkammern) oder auch nur Indizien für einen (geplanten) Völkermord fehlen. Einzelne Kriegsverbrechen hat es in den Jahren 2014 bis 2022 vermutlich auf beiden Seiten gegeben, darunter der Abschuss der niederländischen Passagiermaschine MH17 (sehr wahrscheinlich durch die russischen Separatisten) im Jahr 2014, bei dem alle 298 Insassen (darunter 80 Kinder) zu Tode kommen.

Über die gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung von russischer Seite, die Ukraine werde von einer „Nazi-Clique“ regiert, möchte ich nicht ersthaft diskutieren. Rechtsextreme und ultranationalistische Kräfte waren und sind in der Ukraine durchaus aktiv. Sie stellen aber nicht die Regierung und sind auch im Parlament nicht (fast nicht) präsent. Solche Gruppierungen gibt es leider überall, auch und gerade in osteuropäischen Staaten. Die Behauptung, die Ukraine werde von „Nazis“ regiert, ist offensichtlich Kriegspropaganda. Selbst wenn dort „Nazis“ regierten, wäre

⁷ Das betonen auch Prof. Lothar Brock und Hendrik Simon in einem kurzen Beitrag in der FR („Ist das Völkerrecht am Ende?“ (28.11.2022).

⁸ In einem Beitrag in der FR („Ist die westliche Reaktion auf den Krieg glaubwürdig?“) weist Prof. Kai Ambos („Doppel-moral“) darauf hin, dass die westlichen Reaktionen auf völkerrechtswidrigen Handlungen durchaus nicht immer glaubwürdig sind und der Vorwurf der Doppel-moral zurecht besteht (8.11.2022).

das allein ein legitimer Kriegsgrund? Laut UN-Charta nur, wenn sie einen Genozid oder einen Angriffskrieg planten oder begonnen hätten.⁹

Die klassischen Begründungen für militärische Interventionen, erstens „Terrorbekämpfung“, zweitens Schutz der eigenen Staatsbürger oder von bestimmten Bevölkerungsgruppen vor einem Genozid bzw. vor Massenvernichtungswaffen und drittens präventive Selbstverteidigung wegen eines geplanten Angriffs auf das eigene Territorium - sie laufen im Fall des russischen Ukrainekriegs ins Leere.

Kurz: Dieser russische Krieg ist ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht.

Warum also der Krieg?

Ich werde im folgenden zunächst drei Thesen vorstellen und diskutieren. Sie nehmen mehr oder weniger direkt Bezug auf die sich abzeichnende neue (multipolare) Weltordnung, also auf geopolitische Entwicklungen, teilweise auch auf die massiven Auswirkungen der globalen ökologischen Krise - insbesondere des Klimawandels.

Ich nenne die Thesen zu den Kriegsursachen plakativ: 1. Ressourcensicherung, 2. Stopp der NATO-Expansion und 3. Errichtung eines Großrussischen Reichs. Eine vierte These sieht den Krieg in Zusammenhang mit mafiösen Strukturen in Russland, sie möchte ich zumindest kurz vorstellen (4. Krieg als Mittel zum Machterhalt).

Im Teil II werde ich dann darstellen und diskutieren, wie die Weltgemeinschaft oder zumindest der sog. Westen (EU, USA, NATO, G7) bzw. die liberal-demokratischen Staaten auf einen solchen Bruch des Völkerrechts reagieren oder reagieren sollten.

Im geplanten Teil III möchte ich dann mögliche Folgerungen aus dem Ukrainekrieg für die sich abzeichnende neue multipolare Weltordnung erörtern.

⁹ Die Behauptung der russischen Führung und der staatlichen Medien Russlands, die Ukraine werde von „Nazis“ regiert, die die russischsprachige Bevölkerung unterdrücken und terrorisierten, soll einerseits die Intervention mit dem Kampf der Sowjetarmee gegen Nazi-Deutschland gleichsetzen und so moralisch rechtfertigen, andererseits werden gezielt Parallelen zu westlichen bzw. US-amerikanischen Interventionen gezogen (Irak, Syrien, Afghanistan), die als „Kampf gegen den Terror“ gerechtfertigt wurden. Ultrationalistische Strömungen gab und gibt es in der Ukraine zweifellos, vor allem im Westen des Landes, wo auch der NS-Kollaborateur und Kriegsverbrecher Stefan Bandera noch heute verehrt wird. Im berühmt-berüchtigten Asow-Regiment waren zumindest in den Anfangsjahren nach 2014 SS-Symbole und Nazi-Ideologien verbreitet. Heute soll das angeblich anders sein. Die rechtsextreme, mit dem Asow-Regiment verknüpfte Partei „*Nationalkorps*“ erhielt bei der Parlamentswahl 2019 nur 2,4% der Stimmen und ist im Parlament (400 Abgeordnete) nur durch ein Direktmandat vertreten. Gruppen und Milizen mit offener Nazi-Ideologie gibt es im übrigen (leider) in vielen Ländern, z. B. auch in Deutschland, Russland und den USA.

1. These zum Kriegs Anlass: Rohstoffsicherung und -kontrolle

Der Ressourcen-Reichtum der Ukraine

Bei vielen militärischen Konflikten verschleiern die vorgeschobenen Gründe die eigentlichen Interessen des Krieg führenden Staates. War es in den letzten Jahrzehnten immer wieder die politische und militärische Sicherung wichtiger Energiequellen (Erdöl, Erdgas, Uran) und entsprechender Handelsrouten, die militärische Interventionen ausgelöst oder zumindest mitbestimmt haben, so geraten heute - bedingt durch den Klimawandel und die technologische Entwicklung - zunehmend auch andere Ressourcen in den Blick. Die führenden sog. Industrieländer, aber auch sog. Schwellenländer, entwickeln geopolitische Strategien, um in einer sich rasant verändernden (Um)Welt die Ernährungs- und Energieversorgung, den technologischen Wandel und generell ihren Wohlstand zu sichern bzw. zu vermehren.

Bekannt ist, dass die Ukraine einer der weltweit bedeutendsten Produzenten von Agrarprodukten (Weizen, Mais, Sonnenblumen u.a.) ist. Etwa die Hälfte der ukrainischen Bodenfläche besteht aus Schwarzerde, dem fruchtbarsten Ackerboden der Welt.

Dazu verfügt die Ukraine im Industriegürtel des Donbass (Donezbecken) über Eisenerz- und Steinkohlevorkommen, die zu den größten der Welt zählen, außerdem über gewaltige, noch nicht erschlossene Erdöl- und Erdgas-Reserven.¹⁰

Weniger bekannt ist, dass in der Ukraine große Reserven an sog. „kritischen Rohstoffen“ liegen (Titan, Lithium, Kobalt, Seltene Erden u.a.), Rohstoffe, die für die technologische Entwicklung und insbesondere für die „Energiewende“ (Elektromobilität, Solarpanels, Künstliche Intelligenz u.a.)¹¹ von zentraler Bedeutung sind. Darauf weist u.a. Olivia Lazard hin, Mitarbeiterin im Brüsseler Think Tank Carnegie Endowment, die den Gesamtwert dieser Rohstoffe auf 6,7 Billionen Euro schätzt.¹²

Will Putin mit der Invasion die Schätze der Ukraine unter seine Kontrolle bringen?

Die Ukraine hat mit der EU im Sommer 2021 eine strategische Partnerschaft über die Erkundung und Erschließung dieser Rohstoffe vereinbart, im Herbst 2021 sind bereits Lizenzen versteigert worden. Wenige Monate später marschieren russische Truppen ein. Zufall? Olivia Lazard meint: *„Der Krieg kam zu einer Zeit, als die strategische Partnerschaft der EU mit der Ukraine darauf abzielte, das Land wirtschaftlich und industriell stärker zu integrieren und in die Energiewende einzubinden. Daran konnte Russland kein Interesse haben.“*

Geht es Putin vor allem um die Sicherung bzw. Kontrolle der an wichtigen Ressourcen reichen Gebiete der Ukraine? Derzeit sollen (noch) zwei Drittel der wertvollen Rohstoffvorkommen der Ukraine unter russischer Kontrolle stehen, u.a. die größten Lithiumvorkommen. Allerdings verfügt Russland selbst über gewaltige Rohstoffreserven, ist also keineswegs auf die der Ukraine angewiesen.

Aber vielleicht geht es Putin vor allem darum, den Zugriff des Westens (der EU) auf diese Ressourcen zu verhindern. Angesichts der gewaltigen Herausforderungen durch den Klimawandel hat die EU schon vor dem Ukrainekrieg den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern beschlossen.

¹⁰ Schon vor den Krieg titelte die NZZ „Die Ukraine sitzt auf riesigen Gasreserven....“ - Diese würden nach ihrer Erschließung ausreichen, Europa für lange Zeit mit Gas zu versorgen.

Auch Gernot Kramper weist auf die enormen Bodenschätze der Ukraine hin und titelt seinen STERN-Artikel „Kampf um Bodenschätze. Putin plündert die Ukraine aus“. (22.08. 2022)

¹¹ Lithium z. B. ist ein zentraler Rohstoff für die Herstellung von Batterien bzw. Akkumulatoren, für Hybrid- und Elektrofahrzeuge, Smartphones u.v.m.

¹² Olivia Lazard, »Das Angebot ist knapp«, DIE ZEIT, 01.12.2022: *„Unter der Ukraine liegen große Reserven von 20 jener 30 Rohstoffe, bei denen laut EU »das Risiko eines Versorgungsengpasses in den nächsten zehn Jahren besonders groß ist und die als besonders wichtig für die Wertschöpfungskette betrachtet werden.«*

Die eingeleitete Energiewende ist fundamental auf die „kritischen Rohstoffe“ angewiesen, die in der Ukraine sozusagen vor der Haustür liegen. Will Putin mit dem Krieg also vor allem der EU den Zugang zu diesen Rohstoffen verwehren, um so die sog. Energiewende in Europa ausbremsen oder verlangsamen zu können? Die EU bräuchte dann auf Jahre oder Jahrzehnte weiterhin große Mengen an Erdöl und Erdgas - aus Russland. Der Export dieser fossilen Energieträger ist bekanntlich das Rückgrat der russischen Wirtschaft.

Die Verhinderung eines Zugriffs des Westens auf die ukrainischen Ressourcen ist eine durchaus plausible Erklärung für den Krieg. O. Lazard weist auf interne Kreml-Dokumente hin (Nationale Sicherheitsstrategie, Strategie für kritische Rohstoffe). Demnach geht der Kreml davon aus „*dass die Welt - auch aufgrund des Klimawandels - in die instabilste Phase der Menschheitsgeschichte eintreten wird und Russland sich sicherheits- und geopolitisch darauf vorbereiten muss.*“ Mit dem Angriff auf die Ukraine will Putin möglicherweise die ökonomische Sicherheitslage Russlands verbessern und zugleich einen strategischen Vorteil im künftigen Kampf um kritische Rohstoffe sowie Agrarprodukte gewinnen; denn diese werden künftig immer stärker auch als Waffe bzw. Druckmittel in Konflikten eingesetzt.

Kontrolle kritischer Ressourcen - der eigentliche Kriegsgrund?

Diese Begründung für den Angriffskrieg ist interessant, aber m. E. nicht hinreichend. Sicher, der Kampf um zukunftsrelevante Rohstoffen und Ressourcen bestimmt weltweit die geopolitischen Strategien und das Agieren der Global Players und anderer aufstrebender Staaten. Er wird sich durch den Klimawandel massiv verstärken. Er muss aber, wie Chinas Strategie im Rahmen der sog. Neuen Seidenstraße zeigt, keineswegs militärisch ausgetragen werden.¹³ Und auch Russland hat sich im Ukrainekrieg nicht ausschließlich oder vorrangig auf die Lagerstätten wertvoller Rohstoffe konzentriert (- allerdings durch Okkupation großer Agrarflächen bereits riesige Mengen an Weizen „gestohlen“.)

Die materialistische These, dass es letztlich (immer!) bei internationalen Konflikten um einen Kampf um Rohstoffe und Ressourcen gehe, ist nicht nur in Kreisen der Linken sehr populär; es gibt ja auch zahlreiche Indizien (z. B. Irakkrieg der USA 2003, um Erdölressourcen zu sichern; aktueller Antiterrorkampf Frankreichs im westafrikanischen Niger, um die dortigen Uranvorkommen zu kontrollieren), die sie zu belegen scheinen.

In der Regel aber sind Konflikte komplexer und nicht nur ausschließlich materialistisch (Ökonomische Interessen an Rohstoffen bzw. generell an der Kapitalmaximierung bestimmen politische Entscheidungen) zu erklären. In Freiheitskämpfen oder Demokratiebewegungen geht es keineswegs vorrangig um materielle Interessen und auch bei religiös-fundamentalistisch oder nationalistisch motivierten Kämpfen (z. B. Einheit des Volkes sichern oder herstellen) spielen materielle Vorteile und Gewinne i.d. R. nicht die Hauptrolle für die Akteure.

Auch für den Ukrainekrieg sollten mögliche weitere Gründe geprüft werden.

¹³ Der Historiker Yuval N. Harari hält Kriege mit dem Ziel der territorialen Eroberung ohnehin für eine überholte Strategie zur Absicherung wirtschaftlicher und politischer Interessen. Sie führten selten zu klaren Siegen oder positiven Folgen, brächten statt Wohlstand und Frieden letztlich mehr Unsicherheit und Wohlstandsverlust. Die Kontrolle von Daten und Handelsnetzen sei weit wichtiger als territoriale Eroberung. Kriege seien also, so Harari, im 21. Jhd. kein profitables Geschäft mehr. Dennoch sei das keine Friedensgarantie. „*Denn wir sollten nie die menschliche Dummheit unterschätzen.*“ (Y. N. Harari, „21 Lektionen für das 21. Jahrhundert“, 2018, S. 237 ff)

EXKURS: Der russische Blick auf den Krieg

Wie wird der Krieg bzw. die sog. „*militärische Spezialoperation*“ in Russland erklärt? Hier sollte man nicht nur auf die offiziellen Verlautbarungen der Regierung schauen, sondern auch auf das, was in russischen Medien diskutiert und verbreitet wird. Vieles davon ist aus westlicher Sicht äußerst irritierend.¹⁴

„US-Raketen bedrohen Moskau“

So schreibt der „investigative Historiker“ Eric Zuesse auf der Southfront-Website¹⁵, dass der Ukrainekrieg bereits ins Februar 2014 mit dem Sturz der „*neutralen*“ ukrainischen Regierung begann. Die als „Maidan-Revolution“ oder „*Euromaidan*“ bezeichnete Protestbewegung sei ein vom Westen (USA) finanzierter und organisierter „*Coup*“ (Umsturz) der demokratisch gewählten ukrainischen Regierung gewesen. Ziel des Regimewechsels und der dann erfolgten „*Installierung einer US-Vasallenregierung*“ in Kiew sei es gewesen, künftig US-Missiles (Marschflugkörper) auf ukrainischem Boden stationieren zu können, also atomare Raketen, die innerhalb von fünf Minuten Moskau hätten erreichen können, zu kurzfristig, um irgendwelche Abwehr- oder Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Um diese unmittelbare militärische Bedrohung Russlands zu verhindern, sei es unumgänglich, die „*US-Vasallenregierung*“ unter Präsident Selensky zu stürzen und eine russlandfreundliche Regierung in Kiew einzusetzen. Die Bewohner der Ukraine hätten dann die Wahl zu bleiben und eine „*Loyalitätserklärung*“ zu unterschreiben oder das Land (gen Westen) zu verlassen - „*und nie mehr zurückzukehren*“.

Abgesehen davon, dass autoritäre Regime immer und überall Protestbewegungen der eigenen Bevölkerung als ausländische Intervention disqualifizieren, zeigt sich hier ein dramatisches Schwarz-Weiß-Denken, das aus Zeiten des Kalten Krieges bekannt ist: Die eine Seite (hier die USA) ist demnach fest entschlossen, die andere Seite (hier Russland) zu vernichten. Die Stationierung der atomaren US-Raketen scheint demnach fest geplant zu sein, ja unmittelbar bevorzustehen. (Belege dafür werden nicht präsentiert.) Der Ukrainekrieg wird so zur legitimen Selbstverteidigung. Und: Wer nicht auf Russlands Seite steht, soll die Ukraine gefälligst verlassen.

„Die Nazi-Junta stürzen“

Interessant ist auch, wie ein ehemaliger russischer Elitesoldat, der inzwischen in den Westen geflohen ist, den Krieg und die Situation in Russland beschreibt.¹⁶ Er weiß offenbar nichts von einer akuten atomaren Bedrohung durch US-Raketen, sondern nur, dass in Kiew „Nazis“ regieren. Pawel Filatjew war 2021 auf der Krim stationiert und schon damals erschüttert von den desolaten Zuständen in der russischen Armee: uraltes, kaputtes Gerät, katastrophale Verpflegung und eine Führung, die am Schicksal der unteren Ränge völlig desinteressiert ist.

Beim Einmarschbefehl hätte niemand genau gewusst, worum es eigentlich geht. Als er beim Marsch auf Cherson große Flüchtlingstrecks sieht, schreibt er: *»Und wozu das alles? Um die Ukraine von einer Junta drogensüchtiger Nazis zu befreien? Warum mischen wir uns da überhaupt ein?«*

Filatjews eigentliche Gegner sind offenkundig die eigenen Befehlshaber, *„die sich einen Dreck um die Jungs in den Schützengräben kümmern, um sich nach der Eroberung von Cherson im Flughafen eine komfortable Kommandozentrale einrichten, während die einfachen Soldaten plündernd durch die Straßen ziehen, weil sie seit Tagen nichts gegessen haben.“*

¹⁴ Meine Quellen sind u.a. die russischen Staatsmedien (TV-Talk-Runden), die auch in westlichen Medien zitiert werden, bzw. die in Russland registrierte Website „Southfront“, in der verschiedene Kommentatoren über den Ukrainekrieg und andere Konflikte berichten - stets sehr „russlandfreundlich“.

¹⁵ Southfront: Eric Zuesse, „*What “victory” and “defeat” would mean in Ukraine’ war*“, 3. 12. 2022

¹⁶ Stefanie Flamm, „*Ein Krieger klagt an*“, DIE ZEIT, 01.12.2022

Für ihn „zeugt dieser Krieg vor allem von der habituellen Verachtung der russischen Eliten für das eigene Volk.“ Dem soll vor allem die Vorstellung vermittelt werden, „Angehörige einer besondern Gemeinschaft zu sein, die sich permanent gegen äußere Feinde verteidigen muss.“ Gemeint ist der „dekadente Westen“, der vorhabe, nach der Ukraine auch Russland in ein „von homophilen Schwachköpfen regiertes Land“ zu verwandeln, ein Land, »in dem bereits kleine Kinder zur Geschlechtsumwandlung gezwungen werden.« Viele Russen würden das für wahr halten, im übrigen auch er lange Zeit.

„Russland, das letzte Bollwerk der Christenheit“

In einem anderen Southfront-Artikel bezeichnet ein gewisser Fabio G. C. Carisio Russland als letztes wahres Bollwerk der Christenheit gegen die LGBTQ-Propaganda. Er bezieht sich dabei auf ein aktuelles Gesetz des Parlaments, durch das russische Kinder vor „Gendertheorie und Pädophilie“ geschützt würden.¹⁷ Der Autor sieht einen globalen Konflikt zwischen den „konservativen Werten der religiösen Tradition, die die Menschheit seit Jahrtausenden spirituell geleitet hätten und der vulgären LGBTQ-Propaganda, die Ausdruck der totalen Degeneration der ethischen Fundamente im dekadenten Westens sei.“ Nur Russland halte noch dagegen.

Auch der bekannte Moderator Wladimir Solowjow, gern als „Putins Stimme“ tituiert, verbreitet in Staats-TV ganz ähnliche Parolen und droht unverhohlen mit einem Atomkrieg (17.12.2022): „Wir leben in den letzten Tagen. Was in der Ukraine geschieht, wird nicht in der Ukraine bleiben“, so Solowjow. Es sei ein „heiliger Krieg“ im Gange. Russland kämpfe im Ukraine-Konflikt für das „Recht der Menschheit, in ihrem ursprünglichen Zustand zu leben“, wie ihn „der Schöpfer vorgesehen“ habe. Die „Narren“, die gegen Russland kämpfen, befinden sich demnach in einem „Krieg gegen Gott“. Sollten die Feinde Russlands gewinnen, sei ihnen „das Ende sicher.“ Denn dann werde „die ganze Welt in Asche verwandelt werden.“

„Russland im Heiligen Krieg gegen den aggressiven und dekadenten Westen“

Das alles mag man als Spinnerei Einzelner abtun, aber solche Meinungen sind in Russland ganz offenbar weit verbreitet, insbesondere auch in der russisch-orthodoxe Kirche, deren Patriarch Kyrill sich bekanntlich mit voller Überzeugung hinter Putin und die „Spezialoperation“ stellt. Auch er sieht das orthodoxe Christentum und die traditionellen Werte in höchster Gefahr.¹⁸

Eine interessante Mixtur: Eine akute militärische Bedrohung Russlands durch die (vermeintlich unmittelbar bevorstehende) Stationierung von US-Missiles in der Ukraine - und mindestens genauso gefährlich: eine Bedrohung des Wertesystems, der moralischen Fundamente der russischen Volksseele bzw. jeder Zivilisation durch den dekadenten, gottlosen Westen. Der russische Angriffskrieg wird so zum legitimen Verteidigungskrieg. Der eigentliche Angreifer, militärisch wie moralisch, ist der Westen! Mehr noch: Der Westen verkörpert auch in spiritueller Hinsicht das Böse, das Gottlose, das Aggressiv-Zerstörerische und gänzlich Amoralische. Es ist kein Zufall, dass bei der Beschreibung der ukrainischen Regierung oder des Westens immer wieder und immer häufiger Begriffe wie „satanisch“ auftauchen und immer öfter von einem „Heiligen Krieg“¹⁹ gesprochen wird.

¹⁷ Southfront: Fabio G.C. Carisio „Russia the last bulwark of christianity. LGBT-Propaganda prohibited to protect children against Gender-theory and paedophilia“, 27.11.2022

¹⁸ Vgl. Stephanie Munk, „Kampf gegen den gottlosen Westen: Darum kann Putin auf Rückhalt der russischen Kirche zählen“, Fr 23.11.2022

¹⁹ Zum Thema „Heiliger Krieg“ (in der jüdisch-christlich-islamischen Tradition) habe ich an anderer Stelle einen Beitrag veröffentlicht.

2. These zum Kriegs Anlass: Putin verteidigt Russland gegen die „NATO-Offensive“

Der Ukrainekrieg - ein Krieg gegen das Vordringen des Westens

In der Kriegsrhetorik und Propaganda Moskaus hat sich die zunächst offenbar auf wenige Tage oder Wochen angelegte „militärische Spezialoperation“ gegen die „Nazis“ in Kiew inzwischen zu einem „Krieg gegen den Westen“ entwickelt. Der Westen führe in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg mit dem Ziel, Russland zu zerstören, um seine globale Hegemonie zu verteidigen.

Jedenfalls gibt es etliche Anzeichen dafür, dass es Putin nicht nur darum geht, einen schwelenden Dauerkonflikt im Grenzgebiet Russlands zu „lösen“²⁰ bzw. russisch-stämmige Bewohnerinnen und Bewohner der Ukraine zu schützen; es geht ihm wohl auch nicht primär darum, den Zugriff auf die ukrainischen Rohstoffe und Ressourcen zu kontrollieren. Das wäre für ihn eher ein schöner Nebeneffekt der „Spezialoperation“.

Liegt die Kriegsschuld beim Westen?

Zu den im Westen kursierenden Erklärungen für den letztlich überraschenden Angriffskrieg auf die Ukraine gehört auch ein gut zur russischen Kriegspropaganda passendes Narrativ, das die Schuld ausschließlich oder zum großen Teil beim Westen sieht.

Demnach habe die aggressive Politik der NATO bzw. des Westens (insbesondere der USA) und das mangelnde Verständnis dort für die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands letztlich zu diesem Krieg geführt. Der Krieg gegen die Ukraine sei der Versuch der russischen Führung unter Putin, einer weiteren Ostausdehnung der NATO zuvorzukommen und so eine zunehmende militärische Umzingelung durch das westliche Militärbündnis zu verhindern. Putin handele sozusagen aus „Notwehr“. Letztlich ziele der Westen darauf ab, Russland als möglichen globalen Rivalen zu schwächen und auszuschalten. Die Ukraine führe lediglich einen Stellvertreterkrieg nicht nur mit Unterstützung, sondern letztlich im Auftrag der NATO.

Eine Protagonistin dieses Narrativs ist die Journalistin und Publizistin Gabriele Krone-Schmalz²¹: „Der Westen hat Putin immer mehr in eine „strategische Defensive“ gedrängt, er „musste sich zur Wehr setzen.“ Das ist die Kernaussage von Krone-Schmalz - die im übrigen beteuert, dass sie den Angriff auf die Ukraine inakzeptabel findet und ihn eigentlich gar nicht verstehe, da er „nicht im russischen Interesse“ liege.

Die Osterweiterung der NATO als eigentliche Ursache des Krieges?

Ihr zentraler Vorwurf bezieht sich auf die sog. Osterweiterung der NATO nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991. Die NATO habe Russland dadurch in den letzten Jahrzehnten immer weiter in die Enge getrieben - und so die eigene Ausgangsposition für einen Angriff auf Russland kontinuierlich und zielstrebig verbessert. Es sei kein Wunder, dass dies bei Russland aggressive Gegenreaktionen erzeuge. Mit Blick auf die politische Landkarte klingt das zunächst nicht unplausibel.

²⁰ Das könnte im Kaukasus- oder Georgienkrieg 2008 um die autonomen Regionen Süd-Ossetien und Abchasien eine Rolle gespielt haben: Die russische Armee interveniert und verhindert die Rückeroberung der abtrünnigen Regionen, die völkerrechtlich Teil Georgiens sind, durch georgische Truppen. Die mögliche Eroberung Georgiens bleibt aus, die russischen Truppen ziehen sich zurück, nachdem der alte Zustand wiederhergestellt ist: Die beiden Regionen bleiben de facto von Georgien abgespalten.

²¹ G. Krone-Schmalz, „Russland und die Ukraine. Zur Genese des Konflikts“, Vortrag am 14. Okt. 2022 in der VHS Reutlingen - <https://www.youtube.com/shorts/r2ndafD1n2l>

Mein Text ist keine systematische kritische Auseinandersetzung mit den Büchern und Vorträgen von Krone-Schmalz, sondern bezieht sich nur auf den o.g. Vortrag. Ihre Aussagen werden von vielen Osteuropa- bzw. Russland-Expertinnen und -Experten als undifferenziert, unwissenschaftlich und einseitig russlandfreundlich kritisiert bzw. oft sehr pauschal abgetan. Ich möchte sie dennoch prüfen.

Die NATO ist nach 1991 immer dichter an Russland herangerückt. Das sei, so Krone-Schmalz, die eigentliche Kriegsursache. Russland habe ein Recht auf Sicherheit, das habe der Westen ignoriert. NATO, USA und EU hätten sich nach 1991 als Sieger des sog. Kalten Krieges gefühlt und den damals (um 2000) „verständigungsbereiten Putin ... auflaufen lassen.“ Die NATO-Osterweiterung (ab 1999) sei „der größte politische Fehler seit dem Zweiten Weltkrieg“ gewesen. Denn dazu hätte es keinen Anlass gegeben, niemand habe nach dem Ende der Sowjetunion die osteuropäischen Staaten, also die ehemaligen, nun unabhängigen Sowjetrepubliken und die Staaten des aufgelösten Warschauer Pakts²², bedroht.

Mit den ehemaligen Ostblockstaaten seien zudem starke anti-russischen Ressentiments in die NATO und ihre strategischen Planungen eingezogen. Die NATO habe daraufhin anfängliche Verständigungsversuche mit Russland immer mehr zurückgefahren und schließlich eingestellt.

Mit der NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine aber sei eine „Schmerzgrenze“ für Putin bzw. Russland überschritten worden.

Ist diese Darstellung der Kriegsursachen plausibel?

Krone-Schmalz und andere interpretieren die sog. Osterweiterung der NATO als Ausdruck einer aggressiv-expansiven antirussische Strategie und als eigentliche Quelle des Ukrainekriegs. Diese NATO-Politik habe zu den gegenwärtigen massiven Spannungen zwischen Moskau und dem Westen geführt, die sich in unseren Tagen bis hin zu (russischen) atomaren Drohungen und Atomkriegsszenarien aufgeschaukelt haben. Der Ukrainekrieg als verständliche aggressive Reaktion einer gedemütigten und in die Enge getriebenen ehemaligen Großmacht!²³

Kritik an der NATO- und US-Politik der 1990er und 2000er Jahre ist sicher berechtigt. Dazu gleich mehr. Aber ist die Schlussfolgerung plausibel? Warum soll der Ukrainekrieg im Februar 2022 sozusagen unvermeidbar gewesen sein? Die Osterweiterung der NATO um die ehemaligen Ostblockstaaten war doch bereits 2004 (!) abgeschlossen.²⁴ Und eine Aufnahme der Ukraine in die NATO stand und steht nicht auf der Tagesordnung und ist auf absehbare Zeit vermutlich ausgeschlossen.²⁵

Blicken wir noch einmal kurz zurück auf die Osterweiterung der NATO.

²² 1991 haben sich (nach dem Putsch gegen Präsident Gorbatschow) alle 15 Sowjetrepubliken (inklusive Russland) für unabhängig erklärt: Estland, Lettland, Litauen, Belarus, Ukraine, Moldawien (Rep. Moldau), Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan, Tadschikistan. Zudem haben sich alle ehemaligen „kommunistischen“ Ostblockstaaten, die im Warschauer Pakt mit der Sowjetunion verbündet waren, dem Westen zugewandt: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien. Die letztgenannten Staaten sowie die drei baltischen Republiken sind inzwischen Mitglieder der NATO; das gilt auch für mehrere Nachfolgestaaten des ehemaligen „blockfreien“ Jugoslawiens (Kroatien, Slowenien, Montenegro, Nordmazedonien) sowie das ehemals „maoistische“, moskaukritische Albanien.

²³ Auch den unmittelbaren Kriegs Anlass im Februar 2022 sieht Krone.Schmalz durch die Ukraine und ihren Präsidenten provoziert. Selensky habe ein Jahr zuvor (Febr. 2021) ein Dekret zur Rückeroberung der Krim erlassen, die ukrainische Marine habe gemeinsame See-Manöver mit der NATO im Schwarzen Meer durchgeführt, die Ukraine schloss dann m Nov. 2021 mit den USA ein strategisches Abkommen und habe in den Wochen vor Kriegsbeginn mit Drohnen-Angriffen die Separatistengebietennd Donezk in der Ostukraine gegen das Minsker Abkommen verstoßen. Suggestiert wird: eine NATO-Mitgliedschaft habe unmittelbar bevorgestanden, quasi als Rückversicherung gegen einen ukrainischen Angriff auf die Krim.

²⁴ Nur Albanien und einige Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens, alle fernab russischer Grenzen, kamen noch später dazu.

²⁵ Die NATO nimmt grundsätzlich keine Staaten mit ungelösten Grenzkonflikten auf. Ganz vom Tisch ist die Aufnahme aber nicht, wie hier nachzulesen ist. Ausführlicher wird die (letztlich unrealistische) NATO-Perspektive der Ukraine hier dargestellt.

Die NATO-Osterweiterung - Gründe und Entwicklungen

Die NATO hat in den 90er Jahren zunächst eher zögerlich, teilweise sogar ablehnend auf die Aufnahmewünsche der osteuropäischen Staaten reagiert und lange Übergangsfristen verlangt. Es gab deutliche Forderungen, die auf stärkere Demokratisierung, Korruptionsbekämpfung und Herstellung von Rechtsstaatlichkeit in den Kandidatenländern zielten. Eine aktiv-expansive Strategie der NATO ist in diesen Jahren jedenfalls nicht zu erkennen. Die NATO wollte sich zudem auf keinen Fall in ungelöste politische Konflikte hineinziehen lassen.

Die Beitrittswünsche allerdings waren verständlich. Fast alle dieser nun nicht mehr unter russischer (sowjetischer) Kontrolle stehende Staaten hatten in der Vergangenheit immer wieder auch militärische Interventionen ihres großen östlichen Nachbarn erlebt bzw. erlitten (- allerdings auch von westlicher, von deutscher Seite!). Als Beispiele seien genannt: die sog. Polnischen Teilungen, bei denen Ende des 18. Jahrhunderts das zaristische Russland, Preußen und Österreich Polen unter sich aufteilten und Polen als selbstständigen Staat eliminierten, die Okkupation des Baltikums 1940 unter Stalin nach dem Hitler-Stalin-Pakt, die Niederschlagung des Ungarn-Aufstands 1956 und des Prager Frühlings 1968 mit Hilfe russischer (sowjetischer) Truppen gegen den ausdrücklichen Willen der jeweiligen Regierungen und wohl auch der Bevölkerungsmehrheiten.

Es ist nicht verwunderlich, dass bei diesen meist kleinen Staaten mit Blick auf den großen und mächtigen Nachbarn Russland massive Vorbehalte und Ängste bestanden und bestehen, verbunden mit dem Wunsch nach einem „Schutzschirm“ bzw. Sicherheitsgarantien. (Vom Nachkriegsdeutschland schien und scheint aus Sicht dieser Staaten zumindest militärisch wenig Gefahr auszugehen.)

Russland (damals unter Präsident Boris Jelzin) hatte zwar gegen die geplante NATO-Osterweiterung in den 1990er Jahren deutliche eigene Sicherheitsbedenken geäußert, beide Seiten, NATO und Russland, setzten aber auf eine grundsätzliche Verständigung. Die gelang 1997 mit der Unterzeichnung der „NATO-Russland-Grundakte“ in Paris. Sie sah unter anderem die Souveränität der beteiligten Staaten und die territoriale Unverletzlichkeit der Grenzen vor (auch der von Russland), den Verzicht auf Gewaltandrohung oder -anwendung bei Konflikten, zudem Abrüstungsmaßnahmen, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit (in Russland!) sowie regelmäßige Konsultationen im neu eingerichteten NATO-Russland-Rat.²⁶

Für Russland war besonders wichtig, dass gemäß „Grundakte“ in den neuen NATO-Mitgliedsstaaten keine Langstreckenraketen, keine atomaren Sprengköpfe²⁷ und auch keine größeren Truppenverbände andere NATO-Staaten stationiert werden sollten, zumindest solange „die Sicherheitslage das zuließ“. Das ist bis zum Kriegsbeginn im Februar 2022 offenbar auch nicht geschehen.

Den Ukrainekrieg als direkte Folge der damaligen Osterweiterung zu bezeichnen, ist also nicht besonders plausibel. Allerdings hat sich das Verhältnis NATO-Russland seit Ende der 1990er Jahre deutlich abgekühlt. Lässt sich dadurch zumindest eine Mitverantwortung der NATO am Ukrainekrieg begründen?

Die Wiederbelebung des Ost-West-Konflikts

Wir wissen nicht, ob Wladimir Putin, der seit 2000 als Nachfolger von Boris Jelzin russischer Präsident ist, zunächst tatsächlich kooperationsbereit war und seine wirtschaftliche Öffnung zum

²⁶ Nach dem Ersten Ukrainekrieg und der russischen Krimbesetzung 2014 tagte der NATO-Russland-Rat nur noch sporadisch. Die weitere Entwicklung ist [hier](#) nachzulesen.

²⁷ US-Nuklearwaffen der NATO sind in Europa auf sechs Luftwaffenstützpunkten in Italien, Deutschland (Büchel), Niederlande und Belgien sowie in der Türkei (Incirlik) stationiert, darüber hinaus haben Großbritannien und Frankreich eigene Atomwaffen. Die Sowjetunion unterhielt in Osteuropa 24 Lager mit Nuklearwaffen, die nach 1991 alle nach Russland transferiert wurden.

Westen auch eine politisch-militärische Annäherung einschließen sollte. Russland war in den letzten Jahren unter Jelzin in eine schwer ökonomische und politische Krise gerutscht, Putin trat als Retter auf.

Schon der Kosovokrieg 1999 hat die alten Gräben aus den Zeiten des Kalten Krieges wieder aufgerissen. Die NATO versuchte damals - ohne UN-Mandat - Serbien, einen alten Verbündeten Russlands, mit militärischer Gewalt dazu zu zwingen, Verhandlungen mit den Separatisten im Kosovo aufzunehmen. Eine völker- und menschenrechtlich mehr als heikle Mission.

Danach haben der Zweite Tschetschenienkrieg (1999-2009) den Russland unter Putin mit brutaler Härte gegen Separatisten in der Kaukasusprovinz führte sowie der Kaukasuskrieg 2008 gegen Georgien zur Unterstützung russlandfreundlicher Minderheiten (in Südossetien und Abschasien) die Ost-West-Spannungen weiter verschärft.

Eine deutliche Wende in der russischen Politik und in den Ost-West-Beziehungen erfolgte dann ab 2014, als die prorussische Regierung der Ukraine nach blutigen Massenprotesten in Kiew („Euromaidan“) vom Parlament abgesetzt wurde und Russland in der Folge - völkerrechtswidrig - die Halbinsel Krim besetzte und annektierte. Der Westen reagierte mit Sanktionen. Russland interpretierte die proeuropäischen Proteste und den Regierungswechsel in Kiew als einen von Westen organisierten antirussischen Putsch.²⁸

Spätestens jetzt wurde die Abkehr vom Westen ideologisch und militärisch zum Programm des Kreml. Spätestens jetzt wurden die NATO die westlichen Ideen von Demokratie und Menschenrechten zur Gefahr für den inneren Zusammenhalt Russlands bzw. für den Machterhalt Putins. Eine militärisch und politische Einbindung der Ukraine (oder auch von Belarus) in den Westen musste aus Putins Perspektive unbedingt verhindert werden. Ein „friedlicher“ Regierungswechsel in Kiew schien illusorisch, ein militärischer dagegen Erfolg versprechend; es galt nur einen passenden Zeitpunkt abzuwarten.

Aus russischer Perspektive ist klar: Auf keinen Fall dürfen in der Ukraine, ebensowenig wie in Belarus, künftig NATO-Raketen und NATO-Truppen stationiert werden. Übrigens wollten auch die USA 1962 die bereits begonnene Stationierung russischer Raketen „vor ihrer Haustür“ auf Kuba beenden bzw. rückgängig machen; die „Kuba-Krise“ löste bekanntlich fast den Dritten Weltkrieg aus. Die Raketen wurden abgezogen.²⁹

Fehler und Versäumnisse des Westens?

Kritiker sagen, die NATO, die EU und die USA hätten in den Jahren nach 2000 Chancen einer nachhaltigen Verständigung verpasst oder verstreichen lassen (absichtsvoll?). Das sieht u.a. auch der Historiker Orlando Figes („*Eine Geschichte Russlands*“) so, der der NATO vorwirft, es versäumt zu haben, Russland in die europäischen Sicherheitsstrukturen einzubinden..³⁰

Die NATO betont bis heute, dass jeder Staat das Recht auf freie Bündniswahl habe, sie zeigt sich also grundsätzlich offen für weitere Beitrittswünsche. Auch die Ukraine, die einen NATO-Beitritt als Ziel inzwischen sogar in der Verfassung verankert hat darf also nach wie vor langfristig (!) auf einen

²⁸ Ähnlich wurden die Massenproteste in Belarus 2020/2021 gegen den belarussischen Diktator Lukaschenko in Russland bewertet. Belarus Präsident Lukaschenko, gern als „letzter Diktator“ Europas titulierte, verdankt sein politisches Überleben Putin, der ihn bei den wochenlangen Massendemonstrationen gegen offensichtlichen Wahlbetrug 2020 den Rücken stärkte. Die überwiegend von Frauen getragenen Proteste waren ein starkes Votum für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Putin konnte so Belarus Anfang 2022 als Aufmarschgebiet für die Ukraine-Invasion nutzen; eine offene Kriegsbeteiligung vermeidet Lukaschenko aber bis heute. Er ahnt wohl, dass auch Belarus in Putins Plänen nur als Teil eines künftigen Großrussland vorgesehen ist.

²⁹ Im Gegenzug wurden amerikanische Raketen aus der Türkei abgezogen.

³⁰ Vgl. Orlando Figes im Interview „Russland gegen den Westen“ mit Marc von Lüpke t-online 12.12.2022
Jens Reißmann

Beitritt hoffen.³¹ Russland nimmt es offenbar als Bedrohung wahr, wenn sich unmittelbare Nachbarstaaten auf dieses Grundrecht berufen. Wie sollte man damit umgehen? Die NATO besteht auf den Grundrechten souveräner Staaten - und setzt auf Abschreckung.

Im Jahr 2021 hat die NATO daher ein neues strategisches Konzept entwickelt: Die NATO-Agenda 2030 sieht nun auch eine Stationierung Truppen und von Atomwaffen in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten vor, die u.a. von Polen auch vehement gefordert wird. Letztlich ist diese Strategie eine Folge der russischen Krim-Annexion und der russischen Unterstützung der ostukrainischen Separatisten.³² War diese neue NATO-Strategie für Putin das Signal, wenigstens die Ukraine dauerhaft aus der NATO herauszuhalten? Aber wäre das nicht auch über Verhandlungen möglich gewesen?

NATO-Kritiker sehen immer und gern die NATO als Verursacher von Krisen und Kriegen. Es ist m. E. aber schwer zu konkretisieren, worin nun genau eine „Mitschuld“ des Westens am Ukrainekrieg liegen könnte.

Putin will, wie immer wieder betont wird, die Ukraine „entmilitarisieren“; letztlich bedeutet das, sie zwangsweise militärisch unter russische Schirmherrschaft zu stellen. Das kann eigentlich nur als imperialistische Großmachtspolitik bezeichnet werden (historisch aber auch von den USA bekannt). Putin hatte wohl gehofft, dass der Westen eine Okkupation wie im Fall der Krim-Besetzung nur mit Resolutionen und ein paar Sanktionen verurteilt, ansonsten aber akzeptiert. Hätte der Krieg durch eine größere Verständigungsbereitschaft des Westens gegenüber russischen „Sicherheitsinteressen“ verhindert werden können?

Geopolitische Folgen

Mit dem Ukrainekrieg hat sich geopolitische Lage für Russland keineswegs verbessert, im Gegenteil. Zwar ist nun Belarus de facto (militärisch) wieder eng an Russland gebunden, dafür ist die NATO dabei, noch näher an Russland heranzurücken. Dass sich aufgrund des völkerrechtswidrigen russischen Militäreinmarsches in die Ukraine nun auch bisher neutrale Staaten in der Nachbarschaft Russlands (Finnland, Schweden) bedroht fühlen und in die NATO drängen, war für Putin eigentlich voraussehen. Ihre (aktuell noch von der Türkei blockierte) NATO-Mitgliedschaft verstärkt zwar auf der Landkarte den Eindruck der „Einkreisung“, dürfte allerdings zunächst an der Einsatzbereitschaft des enormen russischen Atomwaffenpotenzials und an der Sicherheitslage Russlands nicht viel ändern, solange dort keine atomaren Raketen stationiert werden.

Zudem fühlen sich auch andere Staaten der ehemaligen Sowjetunion von der unberechenbaren Expansionspolitik und der begleitende entsprechenden Rhetorik Moskaus zunehmend bedroht. Moldawien (Republik Moldau)³³ und Georgien würden wohl ebenfalls gern unter den „Schutzschirm“ der NATO kriechen, (wegen ungelöster Grenzkonflikte) vermutlich ohne Aussicht auf Erfolg. Und auch die übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken (Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan u.a.), die mehr oder weniger stark von Russland abhängig sind, haben bisher

³¹ Der Beitrag „*Putin fürchtet die Osterweiterung: Wie nah ist die Ukraine dem Nato-Beitritt*“ von Leon Heyde vom 25. Febr. 2022 zeigt aber, wie komplex das Verhältnis Ukraine-NATO und die Frage einer möglichen Beitrittsperspektive ist.

³² Die NATO wirft Russland mehrfache Brüche der Vereinbarungen der NATO-Russland-Grundakte von 1997 vor (Georgienkrieg 2008, Krim-Besetzung 2014) und fühlt sich nicht mehr an damalige Zusagen gebunden. Vgl. auch: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/nato-aufruestung-faktencheck-ukraine-krieg-russland-100.html>

³³ Die aktuelle Regierung der Republik Moldau ist prowestlich eingestellt. Es gibt allerdings in der moldawischen Bevölkerung starke prorussische Kräfte, nicht nur im Seoraratistengebiet „Transnistrien“ und bei der Minderheit der Gagausen (einem Turkvolk).

demonstrativ darauf verzichtet, die russische Ukraine-Invasion zu unterstützen oder zu befürworten, mit Ausnahme von Belarus. Alle haben Sorge, dass künftig zumindest Teilregionen mit hohem Anteil russischstämmiger Bevölkerung wieder ins Russische Reich integriert werden könnten, analog den Okkupationen, die im Herbst 2022 im Osten der Ukraine erfolgten (formale Integration von vier ukrainischen Oblasten in die Russische Republik).

Präsident Putin hat Russland durch den Ukrainekrieg vorerst geopolitisch in eine Sackgasse manövriert und die russische Ausgangslage im internationalen „Spiel“ der Global Player deutlich verschlechtert, auch durch die wirtschaftliche und technologischen Folgen der massiven Sanktionen des Westens und durch den erheblichen Imageverlust als Kriegstreiber und Störer des Weltfriedens.

Rechte und Linke für Putin

Die von Krone-Schmalz vorgetragene Position, Russland verteidige sich in der Ukraine gegen eine aggressive NATO-Expansion, findet im Westen nicht nur bei ultranationalistisch bis rechtsradikal eingestellten Menschen Anklang, die sich analog zu Putin gern in einer Opferrolle und von feindlichen Mächten bedroht sehen, was eine radikale und militante „Gegenwehr“ rechtfertigen würde, sondern offenbar auch bei vielen Linken. Rechtsradikale sehen zudem, dass Putin für die gleichen Ideale steht wie sie: stolzer Nationalismus, Ablehnung der Zuwanderung „Fremder“, kompromisslose Law-and-Order-Politik, Verherrlichung von klassischer Männlichkeit, Gewalt und Krieg, Betonung traditioneller Werte, in denen die Familie, die Religion bzw. die Kirche und die Nation im Mittelpunkt stehen.

Aber auch in linken Kreisen findet sich Sympathie für Putin und Russlands Agieren. Hier knüpft sie unmittelbar an eine anti-amerikanische Grundhaltung an, die sich aus den politischen Entwicklungen der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg speist:

Die USA wurden (und werden) als Akteur einer rücksichtslosen imperialistischen Politik der politischen und militärischen Interventionen zur Durchsetzung der globalen US-Hegemonie und der Interessen des US-Finanzkapitals bzw. der global agierenden US-Konzerne erlebt bzw. wahrgenommen. Beispiele gibt es genug. Die Sicherung von Menschenrechten und der Schutz demokratischer Bewegungen sind aus dieser Perspektive nur Vorwand, letztlich gehe es immer um politisch-militärische Dominanz (Welthegegonie) und um die Profitsicherung heimischer Konzerne.

Die Sowjetunion (UdSSR) dagegen, auch bei vielen undogmatischen Linken nicht gerade geliebt, war nach dem Zweiten Weltkrieg die einzige Macht, die dagegen halten konnte: durch Unterstützung von anti-kolonialistischen Befreiungsbewegungen und durch Aufbau einer atomaren Gegengewalt. Über die innerstaatliche Repression und die Missachtung elementarer Menschenrechte in der UdSSR wurde dann gern hinweggesehen. Russland wird offenbar bei etlichen Linken immer noch in der Tradition der „kommunistischen“ Sowjetunion gesehen trotz der offenkundigen oligarchisch-kapitalistischen Transformation der russischen Gesellschaft nach 1991.

Dieses duale Weltbild, angepasst an den Kalten Krieg (ca. 1950 bis 1990), ist heute m. E. überholt, ja hochproblematisch. In Russland, dem Nachfolgestaat der 1991 auseinander gefallenen Sowjetunion, ist - ebenso wie in der formal „kommunistischen“ Volksrepublik China - ein staatskapitalistisches Gesellschaftssystem etabliert, das in den globalen Konkurrenzkampf kapitalistischer Konzerne integriert ist. Ein modellhaftes und zukunftsweisendes „sozialistisches Erbe“ vermag ich jedenfalls nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Russland ist in den letzten Jahren immer mehr zu einem autoritativen, tendenziell faschistischem Staat geworden. Dazu später mehr.

Wie also politisch agieren gegenüber einem Politiker wie Putin, der offensichtlich bereit ist, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und die Menschenrechte offensive Kriege zu führen? Das Argument „Aber die USA haben doch damals auch nicht anders gehandelt!“, mit Verweis auf den Vietnamkrieg, den Irakkrieg, zahlreiche weitere militärische Interventionen, die Unterstützung von

Militärputschen gegen gewählte linke Politiker und deren Ermordung (Lumumba im Kongo 1961³⁴, Allende in Chile 1973) ist zwar (zumindest in Teilen) richtig, rechtfertigt aber keinen Angriffskrieg und keine völker- und menschenrechtlichen Verbrechen.³⁵

Einen politischen Machtwechsel im angegriffenen Staat herbeizuführen, war oft das Ziel der militärischen Interventionen, auch territoriale Konflikte spielten immer wieder eine Rolle. Aber den Versuch einer territorialen Eroberung eines ganzen Staates oder gar der Versuch, diesen als eigenständigen Staat auszulöschen, hat es, so weit ich sehe, seit Hitlers Eroberungskriegen nicht mehr gegeben.

Wenn Putin mit der (versuchten) Okkupation der Ukraine intendiert hatte, den NATO-Einfluss im Westen Russlands zu reduzieren bzw. Russlands strategische Position militärisch zu stärken, so ist das bisher nicht gelungen. Aber vielleicht war das auch gar nicht der zentrale Kriegs Anlass.

³⁴ Wie direkt die USA und die Kolonialmacht Belgien in die Entmachtung und Ermordung des demokratisch gewählten ersten Premierministers im Kongo, Patrice Lumumba, involviert waren, ist aktuell in dem bedrückenden Artikel „Afrikas kurze Hoffnung“ von Bastian Berner, ZEIT 5.01.2023, nachzulesen.

³⁵ Alle Großmächte (USA, Russland, China) haben in den letzten Jahrzehnten immer wieder ihre Interessen auch militärisch durchzusetzen versucht. Und alle Großmächte sind dabei nicht selten unter Bruch des Völkerrechts bzw. unter Missachtung von Menschenrechten vorgegangen: die USA z. B. in Afghanistan 2001 - 2021, im Irak 2003, in Syrien 2016; Russland in Afghanistan 1979- 1989, in Tschetschenien 1999 - 2009, in Georgien 2008 oder in Syrien ab 2016; China in Tibet 1951, in Xinjiang seit 2017 oder in lokalen Grenzkriegen mit Indien 1962 und mit Vietnam 1979, China droht zudem offen mit der militärischen Rückeroberung von Taiwan.

3. These zum Kriegs Anlass: Großrussland - Wiedergewinnung einstiger imperialer Größe und Macht

Das historische Russland umfasst auch die Ukraine

Es gibt noch ein weiteres Erklärungsmodell für den russischen Angriffskrieg. Demnach handelt es sich dabei um den ersten entschlossenen Versuch der russischen Führung unter Putin, wieder ein Großrussisches Reich nach dem Vorbild der großen Zaren zu errichten; ein Reich, das möglichst wieder alle mehrheitlich von Russen bewohnte Territorien einbezieht und das zugleich von einem Kranz freundlich gesonnener Staaten umgeben ist, die eine breite russische Einflusszone absichern. Auf diese Weise soll Russland wieder eine führende Rolle im Rahmen einer neuen multipolaren, also nicht mehr nur von den USA dominierten Weltordnung spielen. In diese Richtung argumentiert u.a. der Politikwissenschaftler Herfried Münkler.³⁶

Immer wieder haben Putin und andere politisch einflussreiche Kräfte in Russland (z. B. der Tschetschenenführer Ramsan Kadyrow und der ehemalige Präsident Dmitri Medwedew) der Ukraine schlicht das Existenzrecht abgesprochen: Es habe historisch nie einen unabhängigen ukrainischen Staat gegeben;³⁷ im Gegenteil, die Ukraine sei, ebenso wie Belarus, stets Teil des russischen Zarenreichs bzw. der Sowjetunion gewesen.

Das Russische Reich unter den Zaren habe seit seiner Neugründung im 16. Jhd. drei Kerngebiete gehabt: Großrussland i.e.S. mit dem Zentrum Moskau, Weißrussland mit dem Zentrum Minsk und Kleinarussland mit dem Zentrum Kiew.³⁸ Das Volk der Russen würde also auch sog. Weißrussen und sog. Kleinarussen (Ukrainer) einschließen: als „Brudervölker“ bzw. als ein Volk.

Die russische Kriegsstrategie der ersten Wochen nach der Invasion³⁹ zeigt jedenfalls: Es geht nicht nur um den Donbass, es geht um die gesamte Ukraine, es geht nicht um die „Befreiung“ angeblich unterdrückter oder sogar massakrierter Russen im Osten der Ukraine, es geht um die gewaltsame „Heimholung der sog. Kleinarussen (Ukrainer) ins gemeinsame Reich aller Russen - oder um die Vertreibung jener vom Westen teilweise schon verdorbenen Ukrainer aus diesem Reich.

Das ist stark: Einem Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen, dessen Souveränität auch von Russland anerkannt wurde, wird nun das Recht auf Eigenstaatlichkeit abgesprochen!

³⁶ H. Münkler, „Der Ukrainekrieg, seine Folgen für Europa und die globale Ordnung“, Vortrag am 5. Okt. 2022 im Mittagssalon der BerlinBrandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Youtube
H- Münkler, „Revisionistische Staaten. Der Traum von einstiger Macht und Größe“, DIE ZEIT 09.Juli 2022

³⁷ Das Gebiet der heutigen Ukraine hat eine bewegte Geschichte hinter sich: Der westliche Teil gehörte lange zum Königreich Litauen-Polen, der östliche Teil lange zum russischen Zarenreich. Am Ende des Ersten Weltkriegs kam es 1917/1918 zu Versuchen, einen unabhängigen ukrainischen Staat zu etablieren. Auch Krone-Schmalz betont die „*fehlende historische Kontinuität der Staatlichkeit*“, ein Argument, dass völkerrechtlich irrelevant ist und für viele Staaten gilt (z. B. in Afrika).

³⁸ Kiew ist neben Nowgorod das mittelalterliche Zentrum des ersten ostslawischen Staates gewesen, des „Kiewer Rus“, auch „Altrussland“ genannt (ab ca. 860 n. Chr.). Die Invasion der Mongolen (um 1225. n. Chr.) beendete vorerst dieses in sich sehr zersplitterte „Reich“. Im Befreiungskampf gegen die Mongolenherrschaft entstand ab ca. 1500 n. Chr. das „Russische Reich“, in dem nun Moskau das Zentrum mit dem Sitz des Zaren (=„Kaisers“, vgl. „Caesar“) bildete. Es expandierte in den folgenden Jahrhunderten bis weit in den asiatischen Raum und wurde letztlich eine kontinentale Kolonialmacht.

³⁹ Der Angriff am 24. Februar zielte nicht ausschließlich oder primär auf den Donbass im Osten, sondern auf die Zentren Kiew und Charkiv sowie die Landverbindung im Süden zur Krim (Oblast Cherson u.a.) und sollte offenkundig weiter Richtung Odessa und Moldawien geführt werden.

Russland - eine revisionistische Macht

Russland will ganz offenbar international anerkannte Staatsgrenzen zu einen Gunsten verschieben, ja ganze Territorien einverleiben. Es gibt auch andere Staaten mit ähnlichen Bestrebungen. Der Politologe Herwig Münkler nennt sie „revisionistische Mächte“. Er plädiert dafür, den geographischen Raum bei der Analyse des Ukrainekrieges mit einzubeziehen. Er meint damit den gesamten Südosten Europas und Vorderasiens. Hier lagen bis zum Ersten Weltkrieg große multinationale und multireligiöse Imperien: die Habsburger Monarchie Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und das russische Zarenreich, die alle zu den Verlierern des Krieges zählten.

Aus ihrem Zerfall in mehrere ethnisch definierte Einzelstaaten mit neu festgelegter und zugleich fragiler (umstrittener) Grenzziehung⁴⁰ resultieren bis heute politisch-religiöse Konflikte (z. B. türkisch-griechische Kriege und Spannungen), da nun starke ethnische und religiöse Minderheiten außerhalb der jeweiligen Nationalstaaten lebten, z. B. Ungarn in Rumänien, Jugoslawien und in der Ukraine (damals Sowjetunion).

Nach dem Zerfall weitere multiethnischer Staaten Anfang der 90er Jahre (Sowjetunion, Jugoslawien) erhöhte sich das Konfliktpotenzial. Viele Russen lebten auf einmal in „fremden“ Staaten (Ukraine, Estland, Lettland, Moldau und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken). Das führte dazu, dass nationalistisch-revisionistische Kräfte auch in Russland an Einfluss gewannen.

„Revisionistische Mächte“ sind nach Münkler jene Staaten, die auf eine Revision der bestehenden Grenzen drängen, also auf eine territoriale Erweiterung ihres Staatsgebiets. Dazu zählt er heute die Türkei unter Erdogan, die eine partielle Wiederherstellung des Osmanischen Reiches anstrebt, und Ungarn unter Orban, der offen immer wieder mal ein Großungarisches Reich propagiert, das alle Ungarn beheimatet; aber auch in Serbien gibt es entsprechende politische Strömungen und vor allem auch in Russland! Für nationalistische Kreise war und ist es nach dem demütigenden Ende der mächtigen Sowjetunion unerträglich, dass beachtliche Teile des russischen Volkes nun außerhalb Russlands leben (müssen).

Für Münkler ist der Versuch der Okkupation der Ukraine also Ausdruck einer revisionistischen Politik, die auf ein Großrussisches Reich zielt. Vorbild sei das Zarenreich. Ich möchte anmerken, dass m. E. „revisionistische Mächte“ nicht nur zu autoritativen Strukturen neigen, sondern mehr oder weniger offen eine (neo)faschistische Ideologie und Politik vertreten.⁴¹

⁴⁰ Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Türkei,

⁴¹ „Faschistisch“ meint hier eine Ideologie und Politik, die u.a. durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist: ein autokratischer Führerstaat, ein extrem identitäres Einheits- und Gemeinschaftsdenken, das auf „Volk“ und „Nation“ fokussiert ist, eine darauf ausgerichtete hierarchische Massenpartei als gesellschaftliche Elite, die rücksichtslose Unterdrückung der politischen Opposition inkl. Ermordung von Oppositionspolitikern, von Streiks oder Protestbewegungen sowie von ethnischen Minderheiten, die Abschirmung nach außen (gegen Zuwanderung), die strikte Ablehnung von Demokratie und liberalen Prinzipien, eine staatliche Kontrolle und Gleichschaltung von Medien, Justiz, Bildungssystem, Kirche u.a., eine starke Militarisierung und Aufrüstung u.a. wegen vermeintlicher Bedrohung der Nation oder erfahrener Demütigung durch externe Mächte, eine Idealisierung von Stärke, Kampf und Krieg, die Glorifizierung und Inszenierung einer mythisch überhöhten völkischen Vergangenheit und künftigen Größe, eine aggressiv-expansive Außenpolitik, die auf ein Großreich auf Basis der ethnisch definierten Nation zielt sowie die Ausrichtung der Wirtschaft auf die nationalistischen Ziele. - Im (deutschen) *Nationalsozialismus* kommen zusätzlich ein ausgeprägter Rassenwahn und ein fanatischer Antisemitismus dazu, der Kult einer vermeintlich zur Weltherrschaft berufenen „Herrenrasse“, die Vernichtung „minderwertiger Rassen“ sowie supranationale Eroberungskriege zur Absicherung des eigenen Reiches.

Die Ideologie des Eurasismus - Eine ultranationalistische Weltanschauung

Ich vermute, dass nur wenige im Westen eine Vorstellung davon haben, welche kruden, letztlich indiskutablen Ideen in den ultranationalistischen russischen Eliten verbreitet werden. Manches erinnert sehr an die ebenfalls verrückte „Weltanschauung“ Hitlers und der Nazis. Auch ich war und bin überrascht, wie konträr dieses Denken zu allem ist, was uns (mir) rational, sinnhaftig und wichtig erscheint. Aber wie verbreitet oder verankert sind diese Vorstellungen in der russischen Führung und bei Putin?⁴²

Schon im 19. Jahrhundert und im frühen 20. Jhd. gab es unter russischen Intellektuellen eine starke nationalistische Bewegung, die die besondere historische Bedeutung des russischen Volkes herausstellte. Diese Ideologie war mit einer strikt anti-westlichen und anti-liberalen Position und mit politisch und religiös aufgeladenen Endzeit- und Erlösungserzählungen verbunden: Der Westen bringe Verderben. Das russische Volk sei berufen, die europäischen und asiatischen Länder unter seiner Führung vom verderblichen Einfluss des Westens zu befreien. Letztlich gehe es um den Kampf der Gottesfürchtigen gegen den Satan bzw. die Satanisten. Verrückt? Ja, aber man lese die Verlautbarungen in den russischen Staatsmedien nach.⁴³

Russlands historische Mission

Diese sog. eurasische Ideologie erlebt nach dem Ende der Sowjetunion eine Wiedergeburt und wird bis heute von namhaften russischen Intellektuellen mitgetragen und verbreitet: z. B. von Alexander Dugin, der manchmal (und sicher etwas übertrieben) als „Chefideologe Putins“ tituliert wird und der (eher nicht übertrieben) durchaus als Neofaschist bezeichnet werden kann.⁴⁴

⁴² Die hier zitierten Erläuterungen zum Eurasismus korrespondieren gut mit den in diesen Kriegstagen immer wieder zitierten Aussagen russischer Meinungsführer in den Medien (vgl. Exkurs „*Der russische Blick auf den Krieg*“).

⁴³ Der Historiker Orlando Figes („*Eine Geschichte Russlands*“) sieht die Anfänge der anti-westlichen Ressentiments in Russland im verlorenen Krimkrieg (1853- 1856) gegen England und Frankreich und in den demütigenden Friedensbedingungen der siegreichen Westmächte. (FR-Interview Marc von Lüpke 12.12.2022, „*Russland gegen den Westen*“).

Der sog. „*Krimkrieg*“ (bzw. „*Orientalische Krieg*“) wird oft als der erste moderne bzw. der erste totale Krieg beschrieben. Er erstreckte sich über etliche Länder, es kamen moderne Waffen und Militärtechniken zum Einsatz und erstmals fand eine umfassende Kriegsberichterstattung statt. Zar Nikolaus I., in Russland und auch von Putin heute noch hoch verehrt, versuchte damals das Osmanische Reich zu erobern. Die Westmächte griffen ein. Russland verlor den Krieg.

⁴⁴ Alexander Dugin gilt als Vertreter des Neo-Eurasismus. Im Gegensatz zur zentralen These des klassischen Eurasismus, dass es einen dritten Kontinent „Eurasien“ *zwischen* Europa und Asien gebe, versteht Dugin „Eurasien“ als Gesamtkontinent von Europa und nördlichem Asien. Dugin plädiert für ein eurasisches Imperium vom Atlantik bis zum Pazifik unter der Führung Russlands. Klassische Eurasier und Neo-Eurasier wie Dugin haben die bipolare Weltsicht gemeinsam, dass „Eurasien“ einem Hauptfeind gegenüberstünde. Der Unterschied ist, dass klassische Eurasier das „*romanogermanische Europa*“ als Gegner ansahen, wohingegen Neo-Eurasier sich einen Kampf vorstellen zwischen hierarchisch organisierten „*eurasischen Landmächten*“ unter der Führung Russlands und liberalen „*atlantischen Seemächten*“ unter der Führung der Vereinigten Staaten. Europa wird laut Dugin von den Amerikanern okkupiert und Russland müsse die Rolle des Befreiers annehmen. Der Erfolg Eurasiens hänge von der Wiedergeburt des vereinten russischen Volkes und des russischen Imperiums ab. In Dugins apokalyptischer Weltsicht steuert diese jahrhundertalte Gegnerschaft zwischen Land- und Seemächten auf einen „*Endkampf*“ zu. 2003 wurde von Dugin in Moskau die „*Internationale Eurasierbewegung*“ gegründet. Zu ihren öffentlichen Aktionen gehören Kranzniederlegungen am Grabe Stalins. Auch Putin nahestehende außenpolitische Experten vertreten die Vorstellung eines eurasischen Wirtschaftsraums unter russischer und chinesischer Führung, der die Dominanz der USA beenden werde. (nach Wikipedia)

Demnach sei das russische Volk, geprägt von tiefer Religiosität, Staatstreue und Opferbereitschaft, berufen, dem zugleich politisch aggressiven und moralisch dekadenten Westen und seinen destruktiven Ideologien (Propagierung grenzenloser individueller Freiheit, Zelebrierung sexueller Ausschweifungen und der Selbstzerstörung durch Drogen, Auflösung von Ehe und Familie, Entmachtung und Verachtung der Kirche, Auflösung religiöser Bindungen („Gottlosigkeit“), Verführung zu grenzenloser kapitalistischer Gier und Verschwendungssucht usw.) entgegenzutreten und die globale Vorherrschaft der USA zu beenden. Der liberale, demokratische Westen sei dekadent, historisch einerseits auf dem Weg in den Abgrund, andererseits hoch aggressiv und gewillt, seine Weltanschauung und Lebensweise dem Rest der Welt aufzudrängen. Kurz: Der Westen wolle Russland vernichten. Ein Russland, das die traditionellen Werte der Zivilisation und des Christentums respektiere und hochhalte.⁴⁵

Die dramatische Beschreibung der herannahenden Entscheidungskampfes erinnert an apokalyptische Visionen und knüpft an entsprechend religiöse Überlieferungen an. Die Idee eines „Endkampfes“ zwischen den „bösen“ westlich-atlantischen Mächten und den euro-asiatischen Kontinentalmächten unter Führung Russlands und Chinas ist in diesen ultranationalistischen Kreisen Russlands offenbar stark verbreitet. Putin scheint sich dieser Ideologie zumindest in den letzten Jahren immer mehr angenähert zu haben, vielleicht hat sie ihn aber schon immer fasziniert.

„Das russische Volk vereinen“

Ob mit oder ohne ideologischem Eurasismus lässt sich eine zunehmende revisionistische Tendenz (im Sinne Müncklers) in der russischen Politik feststellen. Immer öfter wird der Zerfall der Sowjetunion als Unglück oder Katastrophe gekennzeichnet, die es rückgängig zu machen gelte. So beklagt Putin in den Staatsmedien, dass der Westen „das historische Russland“ zerteilen bzw. „zerreißen“ wolle. Russen und Ukrainer seien historisch „ein Volk“ Und er betont, sein Ziel sei es, „das russische Volk (wieder) zu vereinen.“⁴⁶

Es dürfte kein Zufall sein, dass Putins Empfangssaal im Kreml (der prachtvolle Raum mit dem riesigen Tisch, in dem Putin zu Corona-Zeiten Staatsgäste empfing) mit Skulpturen von drei Zaren und einer Zarin geschmückt ist, die als große Eroberer (Zar Peter d. Gr., Zarin Katharina d. Gr.) oder Verteidiger des Reiches gegen mächtige Feinde (Zar Alexander I. gegen die Grande Armée Napoleons), Zar Nikolaus I. gegen die Westmächte) in die russische Geschichte eingingen. Putin sieht sich offenbar in einer vergleichbaren Rolle, betont z. B. Prof. Orlando Figes („Eine Geschichte Russlands“).⁴⁷

Die Okkupation der Ukraine als Beginn einer Wiederherrichtung des russischen Großreichs - ein für mich durchaus plausible Sicht auf die Ereignisse. Mit weit reichenden Folgen. Denn, wie gesagt, die Ukraine wäre nur der Anfang. Auch anderen ehemaligen Sowjetrepubliken (z. B. Moldau, den baltischen Staaten und indirekt auch Belarus) wird in russischen Medien immer häufiger das Recht auf Eigenstaatlichkeit abgesprochen. Ein imperiales Rußland würde in Zeiten globaler Krisen als eine zentrale Großmacht unter Putins Führung auf die politische Weltbühne zurückkehren.

⁴⁵ Vgl. <https://southfront.org/russia-the-last-true-bulwark-of-christianity-lgbt-propaganda-prohibited-to-protect-children-against-gender-theory-and-pedophilia/>

⁴⁶ Interview im Staats-TV „Rossija“ am 24.12.2022,

⁴⁷ Insbesondere Zar Nikolaus I. scheint ein großes Vorbild für Putin zu sein: Dieser Zar führte Russland in den Krimkrieg gegen die Osmanen und den Westen (letztlich allerdings auch in die Niederlage). In den Jahren seiner Regentschaft (1825 - 1855) betrieb er entschlossen den Aufbau eines autoritären Regimes, das sich auf Geheimpolizei, Militär und orthodoxe Kirche stützte, eine konsequente Russifizierung anderer Nationalitäten, eine strikte Unterdrückung oppositioneller Bewegungen und eine kriegerische Expansions- und Eroberungspolitik.

4. These zum Kriegs Anlass: Krieg als Mittel des Machterhalts

Erwähnt werden soll, dass auch die These, die Wiederherstellung eines russischen Großreiches nach dem Vorbild der großen russischen Zaren, sei das Hauptmotiv für Putins Angriffskrieg gewesen, von einigen Autoren als Irrtum kritisiert wird. Putin handele, so der französische Investigativjournalist Francois Bonnet⁴⁸, nach einer eigenen Logik, die weder den diplomatischen Gepflogenheiten noch rationalen Erwägungen folge, sondern den „Gesetzen eines einfallsreichen Banditentums“. Bonnet sieht Putin, den ehemaligen KGB-Mitarbeiter, sozusagen als Mafiosi-Boss, der schon früh - in den Krisenzeiten nach Auflösung der Sowjetunion - über Schwarzmarktgeschäfte in Sankt Petersburg, die vom vom Geheimdienst KGB kontrolliert wurden, zu Reichtum und Macht gekommen sei.⁴⁹

Putin habe in den letzten 20 Jahren in Russland ein Geflecht von Korruption und von politischen und ökonomischen Abhängigkeiten geschaffen, eine „Familie“ loyaler Anhänger, die er über einflussreiche und lukrativen Posten an sich binde. Zum Erhalt seiner Macht und seines Reichtums sei Putin letztlich zu allem bereit, man könne ihm jedenfalls nicht mit Diplomatie und Appellen kommen. Für Bonnet ist Putin „ein Krimineller im Kostüm eines Politikers“. Diese Behauptung geht nun weit über das hinaus, was manche Kritiker des politischen Geschäfts auch von Politikern und Abgeordneten westlicher Demokratien gern behaupten: Sie seien korrupt, zumindest anfällig für Gefälligkeiten, externe Einflussnahmen von Konzernen und diverse Mauseleien. Bonnet aber zielt auf das gesamte System Putin.⁵⁰

Mit ähnlichen Worten („Eine Bande im Kreml plündert Russland aus“) hat auch der russische Anwalt, Oppositionspolitiker und Korruptionsbekämpfer Alexei Nawalny, der nach einem Giftanschlag inzwischen in einem sibirischen Straflager inhaftiert ist, Putins System beschrieben. Nawalny hat zahlreiche Korruptionsskandale aufgedeckt, die bis in höchste politische Kreise reichten.⁵¹

Bonnet vergleicht die Methoden des Putin-Clans mit jenen der sizilianischen Cosa Nostra: „Da werden öffentliche Gelder mithilfe von Scheinfirmen abgezweigt, große Energiekonzerne verstaatlicht und mit Vertrauten besetzt, unabhängige Ermittler erpresst und Kritiker mundtot gemacht. Alles mit dem Ziel, sich die Filetstücke der russischen Wirtschaft unter den Nagel zu reißen und die wertvollsten Unternehmen mit Putin-Getreuen zu besetzen.(...) Putin gelang es bereits in seiner ersten Amtszeit, eine beispiellose Machtvertikale aufzubauen, indem er die

⁴⁸ Vgl. Christoph Cöln, „Was die Männer im Kreml wirklich fürchten“ (t-online.de, 13.12.2022). Bonnet hat die Ergebnisse seiner jahrelangen Recherchen zu Putin und dessen mafioöser Karriere im Essay „Putin, der Krieg und das Verbrechen“ veröffentlicht.

⁴⁹ C. Cöln schreibt dazu, Bonnet zitierend: „Allein in seiner Zeit als stellvertretender Bürgermeister von St. Petersburg soll Putin unter anderem durch die Erteilung von Exportlizenzen und seine exzellenten Kontakte mit der lokalen Mafia bis zu 100 Millionen Dollar beiseite geschafft haben, wie ein Untersuchungsausschuss später ermittelte. „Unter Putin wurde die Korruption systematisch“, zitiert Bonnet den damaligen Korruptionsermittler Andrei Zykov.“

⁵⁰ Nachtrag: Der Historiker Karl Schlögel hat jüngst einen brillanten Beitrag zu Putin in dem Band „Tyrannen. eine Geschichte von Caligula bis Putin“ (Hrsg. Andre´ Krischer, Barbara Stollberg-Rilinger“ (München 2022) veröffentlicht, in dem er den Aufstieg Putins nach dem Zerfall der Sowjetunion beschreibt: „Wladimir Putin - Unvollendetes Porträt eines Großverbrechens des 21. Jahrhunderts“.

⁵¹ C. Cöln schreibt dazu: Nawalny meinte die Milliarden aus den Rohstoffgeschäften, die in den Taschen kremltreuer Oligarchen landeten, deren Luxusvillen in London, die sündhaft teuren Megajachten und die ungeheuren Vermögen, die auf schwarzen Konten in der Schweiz oder den Cayman-Inseln geparkt werden. Den „größten Raub in der Geschichte Russlands“, nennt Nawalny das. Und Putins Netzwerk „die größte Mafiorganisation der Welt“.

demokratischen Institutionen, das Justizsystem und die Medien gleichschaltete und eine alles umfassende Kreml-Propaganda ins Werk setzte.“

Das alles klingt durchaus glaubhaft und plausibel. Aber warum der Angriff auf die Ukraine?

Putins Einmarsch in die Ukraine, so Bonnet, sei daher nicht in erster Linie ideologisch motiviert, sondern den ökonomischen Abhängigkeiten geschuldet, die der 70-jährige Autokrat mit seiner Klientelpolitik geschaffen habe. Es gehe ihm nicht um den imperialen Traum von einem großrussischen Reich oder um eine neue Weltordnung mit Russland an der Spitze. Auch nicht um die Konfrontation mit dem dekadenten Westen und seiner angeblichen Expansionspolitik in Osteuropa. In Wirklichkeit sei der Überfall auf die Ukraine nur ein weiterer, wenngleich besonders brutaler Versuch, die herausgehobene Stellung Putins innenpolitisch zu konsolidieren. Krieg als machterhaltende Maßnahme.“

Der Ukrainekrieg werde genutzt, die Zivilgesellschaft mit ihren vereinzelt Demokratiebemühungen und überhaupt alle kritischen Stimmen in Russland zum Schweigen zu bringen. Zudem bietet er die Chance für die Profiteure der jahrzehntelangen Günstlingswirtschaft, etwa den für seine Brutalität gefürchteten Führer der Tschetschenenmiliz Ramsan Kadyrow oder den Leiter der paramilitärischen „Gruppe Wagner“ Jewgeni Prigoschin, der zu Sowjetzeiten wegen Raubüberfällen mehre Jahre im Gefängnis verbrachte, auf neue Profite und Machtpositionen.

Interessant, aber auch überzeugend? Denn eigentlich saß Putin Anfang 2022 doch fest im Sattel, hatte hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung und die Gas- und Ölgeschäfte mit dem Westen liefen hervorragend. Der Angriffskrieg war aus dieser Perspektive ein völlig unnötiges und riskantes Unternehmen. Riskant? Putin muss wohl zunächst mit einem schnellen Erfolg gerechnet haben, die deutlichen Warnungen des Westens und die angekündigten Sanktionen stellten allerdings ein Risiko dar. Selbst wenn das System Putin mafiöse Merkmale aufzuweisen scheint, ein überzeugendes Motiv für den Angriffskrieg vermag ich in der „Mafia-These“ nicht zu erkennen.

Auch Bonnet räumt ein: Die Sanktionen und insbesondere das Einfrieren der riesigen Vermögen des Putin-Klientels würden Putins „Familie“ hart treffen. Nichts würden die Gefolgsleute mehr fürchten, „*als den Verlust ihrer Sachwerte und Vermögen*“, die sie - auch aufgrund der völlig unzureichenden Eigentumsrechte in Russland - überwiegend im Ausland geparkt hätten. Die Finanzen seien, so Bonnet, die „*Schwachstelle in Putins System*“.

Die Folgerung der Putinkritiker: Putin darf dein Krieg nicht gewinnen! Dafür müsse die Ukraine militärisch gestärkt und wirtschaftlich unterstützt werden. Und zugleich muss verhindert werden, dass Putin weiterhin gigantische Geschäfte zugunsten seiner Klientel machen kann: Der Geldhahn müsse zugedreht werden.

Für Putins Gefolgsleute wiederum wäre es wichtig, dass dieser fest im Sattel bleibt - und dafür sei unbedingt ein Erfolg im Ukrainekrieg nötig, denn sonst drohe ein Putsch. Daher müsse der Krieg weitergehen bis die Ukraine erobert sei. „*Das ist auch die ernüchternde Quintessenz von Bonnets Ausführungen: Putin lässt nicht mit sich verhandeln. Er ist an einer schnellen Verhandlungslösung vermutlich gar nicht interessiert, sondern an einer Fortsetzung des Krieges.*“ Das müssten die Politiker im Westen endlich verstehen. ⁵²

⁵² Erst jüngst (21.12.2022) hat Putin die russische Militärführung erneut auf einen Sieg im Ukrainekrieg eingeschworen und gewaltige Summen für eine weitere militärische Aufrüstung zugesagt.

Resümee

Alle hier vorgestellten Thesen über Ursachen und Motive des Angriffskriegs gegen die Ukraine sind mehr oder weniger plausible Vermutungen, mehr nicht. Vielleicht spielen ja alle Aspekte in Putins Pläne hinein.

Durch die Sicherung wertvoller ukrainischer Ressourcen (fruchtbare Agrarflächen, strategisch bedeutsame Bodenschätze) würde Russlands Einfluss global wachsen, die ökonomische Abhängigkeit westlicher Staaten (u. a. Deutschlands!) von Russland wurde erhöht, die Energiewende im Westen erschwert. Zudem böten sich für das Putin-Klientel neuen Chancen auf lukrative Geschäfte und Posten. Putins Macht wäre auf Jahre unangefochten.

Selbstverständlich würde die Eroberung der Ukraine auch Russlands militärische Position stärken. Das Signal an die umliegenden Staaten wäre eindeutig: Akzeptiert die Dominanz Russlands, akzeptiert Russlands Sicherheitsinteressen. Die Aufstellung westlicher Raketen im östlichen Europa wäre wohl vom Tisch (zu hoch das Risiko für die kleinen Staaten). Russland könnte eine neue europäische Sicherheitsordnung vorschlagen, aushandeln oder sogar durchsetzen. Neben dem militärischen würde auch der politische Einfluss des Westens geschwächt: Die Ausbreitung der westlichen Ideen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und das zivilgesellschaftliche Engagement in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Korruptionsbekämpfung u.a. wäre wohl vorerst gestoppt.

Am plausibelsten klingt für mich aber der mögliche Wunsch Putins nach Wiederherstellung des Großrussischen Reiches in Verbindung mit einer neuen Weltordnung, in der Russland und China den USA bzw. dem Westen machtvoll gegenüberstehen. Dieses neu erstarkte Russland sollte Putins Vermächtnis sein. Ein Traum, den er vermutlich nach all den für Russland demütigenden Erfahrungen schon lange träumte - und der in der selbstgewählten Isolation während der Corona-Pandemie zu einem konkreten Plan wurde.

Womit er vermutlich nicht gerechnet hatte war, dass die „Spezialoperation“ nicht in wenigen Tagen oder Wochen erfolgreich endete, sondern sich zu einem langen Krieg entwickeln würde. Womit er nicht gerechnet hatte, war, dass die ukrainische Armee so entschlossen Widerstand leisten würde. Womit er vermutlich auch nicht gerechnet hatte, war die (relativ) entschiedene Geschlossenheit, mit der sich der Westen hinter die Ukraine und gegen Russland stellte, und vor allem, dass der Ukraine nicht nur gewaltige Finanzmittel, sondern große Mengen moderner Waffen für den Abwehrkampf zur Verfügung gestellt wurden.

Gerade Letzteres hat dann doch über Monate zu lebhaften Debatten und Kontroversen im Westen, insbesondere in Deutschland, geführt. Nicht wenige Intellektuelle, Politikerinnen und Politiker von rechts und links, aber auch friedensbewegte Bürgerinnen und Bürger sehen in den Waffenlieferungen nur eine Verlängerung des Krieges, des Leids und des Elends und eine (leichtfertige oder absichtsvolle) Torpedierung möglicher Friedensverhandlungen.

Andere, wie der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder, die Politologen Herwig Münkler und Carlo Masala u.a., sehen gerade in der militärischen Stärkung der Ukraine die einzige Chance auf dauerhaften Frieden, ja sogar auf eine künftige Sicherung des Weltfriedens.

Die jeweiligen Argumente möchte ich im nächsten Abschnitt etwas genauer betrachten.